

Artikel: „Feindesliste“ entpuppt sich als Kundendatei

26.08.2019

Fast 360 Hamburger sollen auf der sogenannten Feindesliste von Rechtsextremen stehen. Nachdem Politiker Aufklärung forderten, reagiert nun Innensenator Andy Grote. Er richtet eine Hotline ein (von Denis Fengler)

Vor knapp fünf Jahren soll eine rechte Hackergruppe die Kundendatei eines linken und in Duisburg ansässigen Intershops gestohlen haben. Knapp zwei Jahre später wurde die Datei auf einer rechten und in Russland gemeldeten Anonymus-Seite veröffentlicht. Die Liste enthält die Anschriften und Erreichbarkeiten von knapp 24.500 Menschen aus Deutschland aber auch anderen europäischen Ländern. Die „taz“ und „Die Zeit“ berichteten damals darüber.

Fünf Jahre nach dem Datenklau hat die Liste, auf der auch die Namen **von fast 360 Hamburgern verzeichnet** sind, traurige Berühmtheit erlangt: Wie WELT aus Sicherheitskreisen erfuhr, ist die Kundendatei als „Feindes“- oder sogar „Todesliste“ in den Blick des öffentlichen Interesses gerückt. Politiker forderten bereits, dass die darin Aufgelisteten von der Polizei informiert werden. Insbesondere die Linksfraktion in der Bürgerschaft hatte jüngst den Umgang der Behörden mit den „Feindeslisten“ kritisiert. Sie habe den Eindruck, dass die Innenbehörde mit diesen nicht angemessen umgehe, bemängelte Innenexpertin Christiane Schneider.

Möglicherweise war es der politische Druck, vielleicht auch das starke öffentliche Interesse, das Innensenator Andy Grote (SPD) am Freitag bewog, die Linie der Hamburger Sicherheitsbehörden zu durchbrechen, die sich bislang zurückhaltend gezeigt hatten. Er erklärte, unter der Rufnummer 040/4286-770 55 ein Kontakttelefon im LKA eingerichtet zu haben. „Da kann jeder anrufen und einfach fragen: Stehe ich auf so einer Liste?“, verkündete Grote über den Radiosender NDR 90,3. Er betonte allerdings auch: Eine konkrete Gefährdung bestehe nach Einschätzung von BKA und LKA nicht.

Es waren die Urheber des Datendiebstahls selbst, die der Kundendatei des Onlineshops, der neben Haarfarbe auch Stiefel und Kleidung anbietet, eine besondere Brisanz zuschrieben. Veröffentlicht wurde diese als angebliche „Antifa-Liste“. Suggestiert wurde ein Einblick in die linksextreme Szene, was in rechten Kreisen teils mit Gewaltaufrufen kommentiert wurde. Allerdings sollen auch Rechtsextreme bei dem Internethandel bestellt haben – auch deren Adressen sollen in der Liste stehen. Die Ermittlungen nach den Urhebern des Datendiebstahls wurden 2016 ohne Ergebnis eingestellt.

Bei den Sicherheitsbehörden wird die gehackte Kundendatei als „25.000er-Liste“ geführt. Weitere Listen fielen ihnen unter anderem bei Ermittlungen gegen die sogenannte Prepper-Szene in die Hände, deren Mitglieder sich mit Vorräten gegen Katastrophen wappnen und die teils als rechtsextrem gelten. Dabei soll es sich aber immer wieder auch um Kopien der 25.000er-Liste handeln.

Die Innenbehörde hat bislang ausgeschlossen, jene gezielt anzuschreiben, deren Namen auf Listen veröffentlicht wurden, wie es andere Bundesländer taten. „Würde die Polizei alle Betroffenen, die in derartigen Sammlungen auftauchen, informieren, hätten die Urheber ihr Ziel mehr als erreicht: Verunsichern und Angst schüren“, sagte Grote. Wie WELT erfuhr, gab es bis zum Freitagnachmittag knapp 50 Anfragen über das Kontakttelefon. Die Anrufe sollen über das Wochenende von der Vermittlungsstelle der Polizei aufgenommen und Anfang kommender Woche vom Staatsschutz beantwortet werden.

Die Kripogewerkschaft BDK übte Kritik: Der Mehraufwand sei personell nicht aufgefangen worden. Zudem soll Grote sein Vorgehen weder mit anderen Bundesländern abgestimmt haben, noch sei innerhalb der Polizei klar, welche Listen zum Abgleich herangezogen werden sollen.

Link zum Artikel:

<https://www.welt.de/regionales/hamburg/article199065399/Rechtsextreme-Hacker-Feindesliste-entpuppt-sich-als-Kundendatei.html>